

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918 8 (1894)

93 (24.4.1894)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-216468](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-216468)

Norddeutsches Volksblatt.

Organ für Vertretung der Interessen
des werththätigen Volkes.

Redaktion und Expedition: Bant, Adolfsstraße Nr. 1.

Abonnement	
bei Vorausbezahlung frei in's Haus:	
vierteljährlich	2,10 Mk.
für 2 Monate	1,40 "
für 1 Monat	0,70 "
expl. Postbezugs.	

Inseraten-Nachnahme für die laufende Nummer bis spätestens Mittags 1 Uhr. Größere Inserate werden früher erbeten.

Nr. 93.

Bant, Dienstag den 24. April 1894.

8. Jahrgang.

Die Lohnbewegungen.

Seit einer Reihe von Jahren war die Arbeiterschaft nicht mehr so zuge an der Arbeit, weitere Verschlechterungen ihrer wirtschaftlichen Lage abzumehren oder eine Hebung derselben herbeizuführen, als in diesem Frühjahr. Ueberall ruht und regt es sich und bereits wurde mancher kapitalistische Angriff abgeschlagen und manche Besserung der Arbeitsbedingungen erreicht.

Die Lohnbewegungen erstreckten sich zur Zeit auf zahlreiche Orte und Berufe im In- und Auslande und Tausende von Arbeitern sind dabei theilhaftig. In Deutschland, in Oesterreich, in der Schweiz, in Belgien, in Dänemark und den Vereinigten Staaten finden Lohnkämpfe statt. In den letzteren handelt es sich nach den Berichten der amerikanischen Parteiblätter noch in den meisten Fällen um Abwehr von Verschlechterungsmaßnahmen seitens der Unternehmer, die seit dem im vorigen Sommer erfolgten Eintritt der Silberkrise eine wahre Wuth von Lohnreduktionen u. dgl. m. entwickeln. Wo es möglich, unternehmen jedoch die Arbeiter den Versuch, die früheren Arbeitsbedingungen wieder herzustellen.

In Deutschland und den Nachbarländern sind nach jahrelanger Ruhe und gebuldigem Ertragen von Lohnreduktionen, Maßregelungen und anderen kapitalistischen Liebeswürdigkeiten die Arbeiter befreit, der Abwärtsbewegung der schwankenden Arbeitsbedingungen eine Grenze zu ziehen, womöglich dieselben zu verbessern. Das seit dem Beginn der wirtschaftlichen Krise im Jahre 1890 die Lage der Arbeiter eine schlechtere geworden, davon kann sich Jedermann durch das Studium der Fabrikinspektionsberichte überzeugen. Die ungemein vortheilhaften Schilderungen der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter seitens der Fabrikinspektoren zeigen allenthalben ein werthvolles Thatsachenmaterial bezüglich Lohnreduktionen, Arbeiterentlassungen, Lohnherabsetzungen.

Die wirtschaftliche Situation des vorigen Jahres wird z. B. in dem für 1893 jüngst erschienenen württembergischen Fabrikinspektionsbericht von dem Aufsichtsbekanntmachung folgendermaßen geschildert:

„Der im Betriebsjahre eingetretene flottere Geschäftsgang mehrerer für den Aufschwung wichtiger Industriezweige hat in diesen nur vereinzelt Lohnherabsetzungen, welche vielleicht ebenso viel Lohnherabsetzungen in weniger gut gehenden Betrieben gegenüberstehen, bewirkt; da die Beschäftigung jedoch anhaltend eine regelmäßige, häufig sogar mit Ueberarbeit verbunden war, so hat sich das Einkommen zahlreicher in Betracht kommender Arbeiter durch entsprechende Verrichtung gegen früher etwas gesteigert. Eine beträchtliche Anzahl der verschiedensten Industriezweige hatte jedoch unter Geschäftsaufheit und äußerst gedrückten Preisen zu leiden, so daß sich einzelne

Betriebsunternehmer theils zu einer Verkürzung der Arbeitszeit, theils zu einer Lohnherabsetzung veranlaßt haben, wodurch der Jahresverdienst mancher Arbeiter eine erhebliche Schwächung erfuhr.

„Die wichtigsten Lebensmittel sind zum Theil etwas billiger geworden, so Brod und Kartoffeln, die Fleischpreise waren im Sommer wegen des bekannnten Futtermangels und der dadurch bedingten Nothwendigkeit, das Vieh zu verkaufen, bedeutend gefallen, erlitten aber gegen Schluß des Jahres wieder ihre frühere Höhe, während der Preis der Milch gestiegen ist.

„Im großen Ganzen genommen, wird sich hiernach sagen lassen, daß sich die wirtschaftliche Lage der Arbeiterbevölkerung im Vergleich mit dem Vorjahr nicht gebessert, aber auch nicht verschlechtert hat.“

„Immerhin ist die Behauptung unanfechtbar, daß die Tausende von Arbeitern, welche längere oder kürzere Zeit und in wiederholten Fällen arbeitslos waren oder nur bei reduzierten Arbeitslöhnen fortarbeiten konnten, eine wesentliche Verschlechterung ihrer wirtschaftlichen Lage erfahren haben. Diese Tendenz ist fortwährend, wofür der andere württembergische Gewerbeinspektor Berner anführt, daß in den Oberämtern Stuttgart, Wöblingen und Leonberg die Korsettweberin, welche bis vor wenigen Jahren noch zahlreichen Arbeitern einen auskömmlichen Verdienst gab, beinahe vollständig eingegangen ist. „Diese Leute begrüßen es nun mit Freude“, sagt der Bericht weiter, „daß sächsische Industrielle angefangen haben, durch Fertigmachlassen von Jacquardwaaren wieder Beschäftigung in die genannte Gegend zu bringen. Die bezahlten Löhne sind freilich gering und es ist zu befürchten, daß dadurch ein weiterer Rückgang der Erwerbsverhältnisse in diesen Kreisen eintreten werde, welcher auch die anderen Industriezweige nach und nach ungünstig beeinflussen dürfte.“

Die von den Fabrikinspektoren gegebenen Schilderungen der Geschäftslage, die im Allgemeinen zutreffend sein dürften, können für uns nur Grund sein, es mit Freude zu begrüßen, wenn die Arbeiter überall da, wo die Umstände es nur einigermaßen gestatten, sich zu Widerstand gegen kapitalistische Verschlechterungsgelüste und für Erreichung besserer Arbeitsverhältnisse aufraffen. Dazu ist natürlich das Frühjahr am besten geeignet, da es vermehrte Arbeitsgelegenheit und Verminderung der Arbeitslosennahme bringt. Außerdem zeigten aber auch die Nachkriegsabschlüsse der Aktiengesellschaften mit ihren erhöhten Geschäftsgewinnen, daß das Jahr 1893 gegen 1892 einen Aufschwung erfuhr und somit der Stempel der Krise überschritten ist. Wehrschaff für die Arbeiter günstig verlaufene Streiks und Lohnkonflikte sind denn auch zweifellos auf die Steigerung des Geschäfts zurückzuführen.

Vor allem aber ist in dieser Zeit die Organisation zu pflegen und auszubauen. In

allen Fällen, wo die geschäftlichen Verhältnisse günstige und die Arbeiter gut organisiert und diszipliniert sind, haben sie Aussicht auf Erfolg. Dieser mächtige Faktor — Organisation und Zusammenhalt — mangelt jedenfalls immer, wenn sofort, sobald irgendwo eine Anzahl Arbeiter die Arbeit in Bewegung gesetzt wird und ein Hiffenri dem andern folgt. Für einige Zeit sollten die Gewerkschaften eigene Mittel zur Unterstützung haben und der sofortigen Anrufung anderweitiger Hilfe entbehren können. Man erinnere sich an die 300 000 streikenden englischen Aelnenarbeiter. Als auf dem internationalen Sozialistenkongress in Zürich die deutschen Delegirten 500 Mk. für jene sammelten, erklärte der Präsident des englischen Bergarbeiterverbandes, Abgeordneter Bidard, daß die Streikenden der auswärtigen Unterstützung noch nicht bedürfen und er genannte Summe nur als erfreuliches Zeichen internationaler Solidarität dankbar annehme.

Der Mangel an finanziellen Mitteln bei Ausbruch eines Streikes läßt den Mißerfolg für die Arbeiter viel wahrscheinlicher erscheinen als den Erfolg. Die kapitalistischen Tendenzen zur Herabdrückung der Arbeiterlage gewinnen dann neue Stärke, während die proletarischen Gegenbenzen im gleichen Maße an Wirkungskraft einbüßen. Diesen Gefahren kann aber durch starke gewerkschaftliche Organisation mit nachhaltigen Streikfonds vorgebeugt werden; die Lohnstreitigkeiten werden dann für die Arbeiter günstigere Erfolge zeitigen.

Politische Rundschau.

Bant, den 23. April.

— Das preussische Abgeordnetenhaus hat das Kallimonopolgesetz mit 172 gegen 153 Stimmen abgelehnt. Genosse Schönkant beantragte füglich im „Sozialpolitischen Sozialblatt“ dieses neue Projekt folgendermaßen: „Der Entwurf, betreffend die Aufhebung der Kallimonopolgesetz ist ein Versuch, das Schicksal der Kallimonopolgesetz zu fetigen und die Kallimonopolgesetz in dessen Hand zu monopolisiren. Der Entwurf bedroht nicht nur die Interessen der Produzenten und der Verbraucher eine kleine Gruppe von beati possidentes (glücklichen Besitzern), seine Motive sind die spanische Wand, hinter der sich Schamhaft die Privilegienwirtschaft entfaltet. Das geplante Monopol, in seinem Reimden schon durch nichtpreussischen Wettbewerb, der unter Umständen auch ein ausländischer werden kann, bedroht, object die Bergbaufreiheit haats und feudalistischen Interessen, ohne der sozialen Reform auch nur das kleinste Zugeständnis zu machen. In seines Wesens Befestigung ist dies Monopol die höchste Stufe eines Kräfte (ausgebildeten Kartells), der ganz müde des Wettbewerbs,

Durch Sturm und Wetter.

Originalroman von G. Reesfeld.

21. Fortsetzung.

Radbruch verboten.

Leo war tief bewegt und er fühlte sich sogleich überglücklich. Noch nie in seinem Leben hatte ihm eines Menschen Theilnahme so wohl gethan, als diejenige dieses jungen Mädchens, welches er heute zum ersten Male sah. Selbst wenn Lydia besonders freundlich und lebenswürdig gegen ihn gewesen war, hatte er nie eine ähnliche beseligende Empfindung gehabt, als in diesem Augenblick, und obwohl er sich über die Natur derselben durchaus nicht klar wurde, war in seiner Brust doch nur Raum für den einzigen Gedanken, daß sie noch recht, recht lange an seiner Seite weilen möge.

Der Juwail schien diesen Wunsch indessen sehr reich vorzulegen zu wollen, denn noch ehe er die rechten Worte für eine Erwiderung gefunden hatte, hörte man draußen den Schritt eines Mannes und Erna fuhr ganz erschrocken von ihrem Stuhl empor.

„Das ist mein Oheim!“ sagte sie. „O weh, nun wird er mir Vorwürfe machen, denn so gut er auch sonst ist, liebt er es doch gar nicht, daß man ungehorsam gegen seine Befehle ist. Und daß nun auch gerade Mutter Stapelberg heruntergegangen sein muß!“

Leo empfand dabei für seine junge Freundin jedenfalls eine noch viel größerer Furcht als sie selbst, und er hätte gern noch ein monatlanges Krankenzimmer auf sich genommen, wenn er damit nur eine Möglichkeit erlangt hätte, sie vor den üblen Folgen ihres Willethals und ihrer Gutmüthigkeit zu schützen. Aber es war viel zu spät, um noch irgend einen Ausweg zu finden, denn schon wurde an der Thür geklopft und auf Ernas fettes „Derein!“ trat der Besitzer des Schlosses und des dazu gehörenden Ritter-

gutes, der Major a. D. Kurt v. Below, über die Schwelle. Er war ein schöner, hochgewachsener Mann von sehr stattlichem Aussehen, einem Mann, durch dessen ganze Erscheinung Leo unwillkürlich an seinen armen Vater erinnert wurde, so wenig Ähnlichkeit Jener auch im Einzelnen mit dem Rittergutsbesitzer gehabt haben mochte. Auf den ersten Blick mochten die Züge des Majors streng und beinahe hart erscheinen, aber wenn man sich nur die Mühe gab, ihn etwas genauer anzusehen, wenn man vor Allem in seine sanften Augen blickte, die ganz denjenigen Ernas gleichen, so mußte man bald zu der Ueberzeugung kommen, daß in der Brust dieses redenfaften Mannes viel mehr weiche und menschenfreundliche als herrliche und se'bstfüchtige Regungen wohnen mußten.

Auch Leo ließ sich für wenige Augenblicke durch die strengen Züge in ein gewisses Bangen versetzen. Schon nach den ersten Worten seines Besuchers wußte er, wie wenig Erna von demselben zu fürchten habe. Wohl hatte er seine Nichte mit einigem Erstaunen allein in der Gesellschaft des Kranken gefunden und es war auch wohl hier ein Moment wie ein leichter Schatten über seine Stirn geflogen; aber als sie ihm nun freimüthig und mit erhabenen Kopfe dieselbe unumwundene Deichte abgelegt hatte, welche Leo loben aus ihrem Munde vernommen, da klopfte er ihr zärtlich die erglühende Wange, und es war nur noch ein Scherzhaft zu nennender Vorwurf, als er sagte: „Nicht immer darfst Du den Regungen Deines Herzens im Leben unbedingte Folge leisten, mein Kind. Sehr oft legen und die Forderungen der Sitte und der gesellschaftlichen Etiquette gerade da unüberwindliche Hindernisse in den Weg, wo unser Herz am lautesten und unabweigentlichsten zu uns spricht. Doch das sind ja Dinge, von denen Du wohl noch nicht viel begriffst, und deren Verständniß Du Dir hoffentlich nicht mit allzuübleren Er-

fahrungen wirst erkaufen müssen. In diesem Falle soll Dir meine Verzeihung gerne zu Theil werden, und da ich jetzt sicher bin, daß Du unserem armen jungen Freund nicht mehr aus bloßer Neugierde Gesellschaft leisten willst, soll Dir gestattet sein, ihn im Laufe des Tages so oft und so lange zu besuchen, als Mutter Stapelberg Dir die Erlaubniß dazu ertheilen wird.“

Vielleicht wäre der Major mit der Theilnahme dieser Generalvollmacht doch noch etwas vorsichtiger gewesen, wenn er wahrgenommen hätte, welche ein Ausdruck unsagbarer Freude in Ernas Antlitze erlitten, und wie wunderbar hell ihre schönen Augen plötzlich aufleuchteten. Aber er hatte sich zu Leo gewendet, und der Eindruck, den seine Worte auf seine jugendliche Nichte machten, mußte ihm darum entgehen.

In getreuer Befolgung der vom Arzte ertheilten Vorschriften sprach Herr v. Below nicht viel mit seinem jungen Schützlinge. Er beruhigte ihn nur über die Natur seiner Verletzungen und sagte ihm, daß dieselben zwar ziemlich schwer, aber keineswegs lebensgefährlich seien, und daß die beste Aussicht auf seine volle Wiederherstellung zum uneingeschränkten Gebrauche des vermundeten Armes vorhanden sei, sofern er sich nur recht ruhig hielte und dadurch einer Eiterung oder Verschlebung des Verbandes vorbeugen wisse. Als ihm Leo mit Thränen in den Augen für seine große Güte danken wollte, wehrte er kurz und energisch ab und sagte: „Was ich da für Sie thue, ist Menschenpflicht. Jeder Andere an meiner Stelle würde so handeln, und es wäre mir am liebsten, wenn gar nicht weiter darüber gesprochen würde. Haben Sie aber vielleicht noch irgend einen anderen Wunsch auf dem Herzen? Wünschen Sie, daß Ihre Angehörigen in schonender Weise von dem Borgesallenen und von Ihrem gegenwärtigen Aufenthalt benachrichtigt werden?“ (Fortsetzung folgt.)

In der Folge des Staatsbetriebes auf der öffentlichen Bühne erscheint, ohne auch nur einen Augenblick seine großpolitische Weltberufung zu verlassen. Kein Staatsmonopol, sondern ein Volkswirtschaftsmonopol. Der gemeine Nutzen steht gegen den Egoismus. Ihn zu verwirren ist eine sozialpolitische Pflicht. Aber es ist die kurzfristige Interessenvertretung des Landtags, bei der die Entscheidung liegt. Der Parteiminister Freiberger v. Bielefeld hat kein Bild mit dem ihm 1890 zugewiesenen Bergwerksverwalter. Ihn, dem Parteiminister für Sozialpolitik, gelingt nichts. Der Gipfel nicht das gesetzgebende Mitglied im Knappentum der Bergwerksverwalter und im Spandauerhof der Kaiserliche!

— Wann und wo tritt der Reichstag zu seiner neuen Session zusammen? Diese Frage drängt sich anlässlich der Bemerkung des Präsidenten v. Böttger am Schluss der letzten Sitzung auf. Der Präsident sprach bekanntlich den Wunsch aus, daß er die Reichstagen in nicht allzulanger Zeit gesund wiedersehen möchte. Auf das Doo der müden Volkvertreter, die aus diesen Worten vielleicht auf eine geplante Sommerferien mit Niquel'schen Steuerprojekten schloffen, erwiderte Herr v. Böttger seine Worte dahin, daß er das Ende des Jahres im Sinne habe. Vermuthlich werde man dann auch vorübergehend noch im alten Hause tagen. Nun meldet aber die „Allg. Ztg.“ die Einmündung des neuen Reichstages, gekündet habe, wie sie zuerzählen erfährt, am 18. Oktober d. J. dem Geburtstag des Kaisers Friedrich, statt. Das würde eine Einberufung des Reichstages noch vor Mitte Oktober, gemäß ein früher Termin, zur Voraussetzung haben. Der Herr Präsident könnte mit seinem Wunsche auf ein früheres Wiedersehen also doch Recht haben. Im Widerspruch mit obiger Meldung steht freilich eine Bemerkung der „Allg. Ztg.“, wonach künftige Leute sehr bezweifelnd, ob sich eine Tagung im neuen Reichstagesgebäude im Herbst Angehörige der umfangreichen baulichen Arbeiten, die noch zu erledigen sind, werde ermöglichen lassen. Die bis jetzt unterbliebene Fertigstellung des geplanten Dienstgebäudes zu Wohnungen für den Präsidenten und die Beamten des Hauses erweise sich als ein schwerer Mißstand, dessen Beseitigung alsbald angeht werden sollte.

— Mehr Polizei! Anlässlich des Mordes im Grunewald, so berichtet der „Vorwärts“, erwidert jetzt aus den Reihen rings um Berlin der Ruf nach Vermehrung der Polizei unter Hinweis auf die mangelhaften Sicherheitsverhältnisse. Merkwürdig! Wenn Sozialdemokraten einen Ausbruch machen oder Agitationstouren unternehmen, haben dieselben niemals Veranlassung, sich über mangelhaften polizeilichen Schutz zu beklagen. Wer sich also in seiner persönlichen Sicherheit bedroht fühlt, der möge geistig Sozialdemokrat werden und er kann sicher sein, daß die Polizei ein wachsameres Auge für ihn hat.

— Deutsche Meinungsfreiheit. Gegen den Nürnberger Volkskulturredakteur Georg Sinner jr., Mitglied des engeren Landesauschusses der deutschen Volkspartei in Bayern, ist seitens der mittelfränkischen Kreisregierung wegen einer im Volksverein fürth unlängst gehaltenen Märzfeier-Rede Disziplinaruntersuchung eingeleitet worden. Sinner wurde vor die Schulkommission Nürnberg geladen; er protestierte gegen die Vernehmung als einen Eingriff in seine durch die Verfassung gewährleisteten Staatsbürgerrechte und verweigerte Auskunft und Antwort.

— Kopf oben! So schreibt die „Deutsche Tabakzeitung“. Wenn wir nun auch eine neue Vorlage für den Herbst voraussichtlich in dieser Thatsache eine starke Demuthigung der Tabak-Industrie erblicken, so meinen wir keineswegs, daß sich die Tabak-Interessenten dadurch sollen entmuthigen lassen. Im Gegenteil; wir meinen, daß der große Erfolg, welchen sie gegenüber der diesmaligen Vorlage durch ihren einmütigen Widerstand und durch die Vortrefflichkeit ihrer Gründe erreicht haben, für sie ein Sporn sein muß, festzuhalten in dem Kampfe für ihre Forderungen und nicht zu verjagen. Das früher so oft bei solchen Gelegenheiten gehörte Wort „Es müß ja doch nichts“ darf in den Reihen der Tabak-Interessenten nicht mehr gehört werden. Kopf hoch und Rücken heil — so mögen sie der drohenden Gefahr entgegengehen und der Sieg wird wieder bei der gerechten Sache sein.

— Ein militärischer Boykott, der sich gegen eine Anzahl Lokale und Geschäftsleute in Brandenburg a. d. N. richtet, bei welchen die sozialdemokratische „Brandenburger Zeitung“ ausliegt und infolge dessen einen Gegenboykott der Sozialdemokraten veranlaßt hat, dehnt sich immer weiter aus. Zu den 29 bisher den Soldaten verbotenen Wirtschaften u. s. sind in der vorigen Woche weitere 26 getreten.

— Auf dem letzten Berliner Jänertage sind, wie nach der „Volksztg.“ einer der Dresdener Delegirten, der Schieferdecker-Dermeister Händel verrathen hat, zwei Drittel der Anwesenden nicht im Besitz des Stimmrechts gewesen. „Man denke“, so bemerkt die „Volksztg.“, die zum „Handwerkerstage“ schwärmenden Schwärmer für Zwangsammung und Befähigungsnachweis repräsentiren noch nicht den zehnten Theil des deutschen Landvolks; von diesem Zehntel war wiederum noch nicht ein Zehntel in Berlin; und von diesem Zehntel waren „wahrscheinlich“ zwei Drittel noch nicht stimmberechtigt; es können also auch noch weniger Stimmberechtigte als ein Drittel der Anwesenden gewesen sein. Und diese Handvoll deutscher Handwerker will die Regierung im Sinne reactionärer Maßnahmen beeinflussen, unter denen das ganze deutsche Handwerk auf's Allerempfindlichste leiden würde!

— Mit vier Strafmandaten zu je 10 Mk. oder 2 Tagen Haft wurde Genossin Frau Klara Jettin von der Hamburger Volkspartei bestraft, weil sie sich in Versammlungen Jettin habe nennen lassen, währenddem sie doch Eigner heiße. Frau Jettin ist aus aber seit 1891 in Stuttgart gemeldet unter dem Namen: Klara Eigner, ge-

nannt Jettin, und zeichnet auch unter letzterem Namen „Die Gleichheit“. Richtiger Entscheid gegen diese Strafverurteilung ist beantragt worden.

— Die Furcht vor den Jesuiten. Alle diejenigen, welche fürchten, 50 Millionen Deutsche durch einige Jesuiten um ihre Glückseligkeit gebracht werden, oder denen das Deutsche Reich so allerschmerzhaft gefährdet erscheint, daß sie es durch eine Handvoll Patres gefährdet glauben, sollen in ihrer Herzensangst um „Evangelischen Bund“ zur Unterzeichnung einer Petition an den Bundesrat veranlaßt werden, damit dieser dem Beschlusse des Reichstages, betreffend die Aufhebung des Jesuitengesetzes, seine Zustimmung verleihe. — Die Jesuiten werden nicht wenig erfreut sein über die Bedeutung, die ihnen von den evangelischen Anglikanern beigemessen wird. Und sie können triumphirend lächeln über die Dankerklärungen dieser Heiden, die darin liegt, daß dieselben den Jesuitismus nur durch ein polizeiliches Ausnahmengesetz zu überwinden vermögen.

— Ein Spiegelgeschichte. Am 30. März wurde am Landgericht zu Elberfeld gegen Genossen Albert Bilde als Reaktor der „Berg. Arbeiterstimme“ und des „Koch. Volksblattes“ und gegen Genossen Hubert Kewinzel als Verleger des „Machener Volksblattes“ und Verfasser des in genannten Blättern erschienenen Artikels „Eine Kadener Spiegelgeschichte“ verhandelt. Laut der Anklageschrift sollen das Politispraktikum zu Kadern und die Gerichtsbehörde dafelbst durch den Artikel beleidigt worden sein. In dem kriminalisirten Artikel wird berichtet, daß ein Agent Hugo Kuhn im November 1885 nach Kadern gekommen sei, dort Leute verleihe, die „Roth'sche Freiheit“ über die Grenze zu schmuggeln und dann, wenn diese Leute aus Belgien nach Kadern kamen, sie dort verhaften und verurtheilen ließ. Die Verleumdung der Polizei wurde in dem Vorwurf gefunden, dieselbe mache Anarchisten und Verbreiter der „Freiheit“, um die Notwendigkeit des Spiegels zum zu beweisen. Das Gericht sollte dadurch beleidigt sein, daß ihm vorgeworfen wurde, die Wertzeuge beizufahren, den Kadener Kuhn oder straflos gelassen zu haben. In der Verhandlung erklärte der jetzige Politisinspektor Wöhlh aus Kadern, von Hugo Kuhn die „Roth'sche Freiheit“ und den Züritzer „Sozialdemokrat“ zu wiederholten Malen erhalten zu haben. Kuhn habe sich angeboten, und die Polizei habe ihn nicht abgewiesen, wie das ja öfter vorkomme. Ob Kuhn vor der Verhandlung (vom 8. Mai 1886, wo zwei Frauen wegen Verbreitung verbotener Schriften verurtheilt wurden) auf seinen Fall erhalten, möglich aber sei, daß Kuhn nach der Verhandlung Geld bekommen habe. In der Zeugnisaussage gab Kuhn zu, öfter nach Verdien in Belgien gereist zu sein und sich dort auch schon 3 bis 4 Wochen aufgehalten zu haben; ebenfalls habe er die „Freiheit“ und den „Sozialdemokrat“ von dort nach Kadern gebracht und sie in einem Paket dem Herrn Wöhlh zweifelsfrei bis drei Mal übergeben. Nach längerem Verhandeln beschloß das Gericht, weitere Zeugen zu vernahmen, ob Kuhn Geld von der Polizei erhalte, und wurde ein neuer Termin auf den 30. April anberaumt.

— Der antisemitische Brüll-Virtuose, Herr Liebermann von Sonnenberg, machte sich im Reichstage bei dem Sessionsschluss bemerklich dadurch, daß er, als die Sozialdemokraten vor dem Hoch auf den Kaiser hinaustraten, in den Saal hineintrat: „Die Stützen der Regierung verlassen den Saal.“ Hierzu bemerkt der „Vorwärts“: „Unser Genosse hat für diese Äußerung des vorlauten Burlesken nur das Gefühl der Verachtung; was mag Graf Herbert von Bismarck, der mit den Sozialdemokraten, wenn auch durch eine andere Thüre, ebenfalls den Saal verlassen hat, von dem Ausruke seines consensuellen Gesinnungsgegenstandes denken? Die Sozialdemokraten sind aber eitel genug, ihren demokratischen Grundgesetzen offen und rückhaltlos zu genügen. Gewisse andere Leute aber räsonniren in diesem Augenblicke auf den Nosachen und im anderen Augenblicke hochen sie ihn an.“

— Ceteris paribus. Mit Geheimbundsprozessen sucht man jetzt in Oesterreich auf's Neue gegen die freirechtliche Bewegung zu operiren. Unser Wiener Parteiblatt meldet aus Dubowitz in Böhmen: Eine sehr umfangreiche Untersuchung hat die kaiserliche Staatsanwaltschaft gegen die Mitglieder des „Delaida Beseba“ eingeleitet, die seit ihrem Bestehen ein Dorn im Auge der hiesigen Ordnungswärterische ist. Man sieht wieder das alte Stückenstück aus den achtziger Jahren, die Geheimbundsparagrafen, hervor, um der Bewegung in Säbblöcken den Garaus zu machen. Es sind bei jetzt 184 Personen wegen des Verdachtes der Geheimbündel (§§ 285, 286 und 287 St.-G.) verhaftet worden.

— Es gibt noch Richter — in Oesterreich. Der österreichische Parteigenosse Dr. Ingner war seitens der Polizeibehörden aus Brünn, desjenseitlich aus Wärsen ausgewiesen worden, nachdem er eine wegen politischen Vergehens sich zugezogene Gefängnisstrafe verbüßt hatte. Auf seine Beschwerde ans Reichsgericht hob dieses die Verurteilung auf und erklärte dieselbe als eine Verletzung des Rechts der Freizügigkeit.

— Ein Staatsrecht in Oesterreich? So betitelt sich der Leitartikel im Morgenblatte der „Kreuz-Zeitung“. In demselben wird dem österreichischen Kaiser zugemuthet, daß er das allgemeine Wahlrecht oder zum mindesten eine starke Erweiterung des gegenwärtigen Wahlrechts ottroyiren werde. Der Artikel schließt mit folgenden bemerkenswerthen Sätzen: „Dieselbst wird die Entscheidung befehlen, wenn die sozialdemokratische Partei mit ihrer Drohung, durch einen Massenaustritt das allgemeine Wahlrecht zu erzwingen, wirklich Ernst machen sollte. Somit hängt Oesterreichs Entwicklung von den eigenen Entschlüssen Kaiser Franz Joseph ab und in unterrichteten Kreisen nimmt man an, daß der Kaiser den Großen Laufe zurückzuführen

und unter dessen Mitwirkung den Reichstagen des Reichstages entroyiren wird, was nach dem Sachstand der Verfassung im Wege einer Gesamtvorbereitung des Ministeriums zulässig (?) ist. Diese wichtige Vorbereitung würde dann die Durchführung der neu zu wählenden Stellvertretung erfordern und aller Voraussicht nach auch erhalten.“ Kaiser Franz Joseph hat eine große Uebung als irgend ein lebender Monarch, Verfassungen aufzuheben und zu ottroyiren. Unmöglich wäre somit das, was die „Kreuz-Zeitung“ ihm zumuthet, gerade nicht, wenn wir es auch nicht für wahrscheinlich halten.

— Frankreich. Der französische Budgetentwurf für 1895, wie er der Deputirtenkammer vorgelegen ist, veranschlagt die Einnahmen auf 3424407000 Franks, die Ausgaben auf 3423893000 Franks, daher entsteht ein Ueberschuss von etwa einer halben Million. Das ursprüngliche Defizit von 140 Millionen ist durch die letzte Konversion, durch Erhöhung der Einnahmen aus den indirekten und direkten Steuern, darunter der neuen Dienstbotensteuer von etwa 15 Millionen, durch Reduktion des Zehnten und der Garantie von 135 Millionen auf 79 Millionen beseitigt. Die Ausgaben für Heer und Marine betragen 926 Mill. Paris 21. April. Der Untersuchungsrichter schloß die Untersuchung in dem großen Anarchistenprozeß; 62 Anarchisten werden angeklagt wegen Beteiligungs an einer Verbrechensoffizierschaft.

— Mexiko. Newyork, 15. April. Nach dem neuen Einwanderungsgesetz ist sowohl die ärztliche als auch die polizeiliche Kontrolle eine bedeutend schärfere. Die folgenden Fragen müssen von jedem Einwanderer beantwortet werden: 1. Voller Name? 2. Alter? 3. Geschlecht. 4. Berufligkeit? 5. Beschäftigung? 6. Lesen und Schreiben? 7. Nationalität? 8. Wo zuletzt wohnhaft gewesen? 9. Landungsort in den Vereinigten Staaten? 10. Bestimmungsort in den Vereinigten Staaten? 11. Ja. Bestimmt eines Reisebills nach dem Bestimmungsort? 12. Wer besaß die Karte? 13. Genaue Angabe der Geldsumme des Einwanderers? 14. Früher schon in den Vereinigten Staaten gewesen, wann und wo? 15. Genaue Angabe des Namens des Verwandten, wenn man zu einem solchen geht? 16. Je mehr in einem Gefängnis oder im Armenhause gewesen und wo? 17. Ist der Einwanderer ein Polygamist? 18. Ist der Einwanderer auf einen direkten oder indirekten Arbeitsvertrag hin herübergekommen? 19. Beschaffenheit der Gesundheit, moralisch und physisch? 20. Ist der Einwanderer ein Krüppel oder hat er irgend ein körperliches Verbrechen?

Deutscher Reichstag. 88. Sitzung vom Donnerstag den 19. April. (Schluß.)

— Gegenstand der Tagesordnung ist die folgende Interpellation des Abg. Dr. Fischer (Kath.) und Genossen: „Wie gestalten die verändernden Regierungen die durch die Zollgesetzgebung entstandene Schädigungen der Finanzen des Reiches in einer die Landwirtschaft nicht beeinträchtigenden Weise auszuweichen, und welche Mittel des Ausgleichs gedenken sie auf dem Wege der Reichsregierung anzuwenden?“

Reichskanzler Graf Caprivi erklärt sich bereit, die Interpellation sofort zu beantworten. Zur Begründung verlesen wird Abg. Graf v. Dönhoff und Knoppsaaten (Kath.) auf die wichtige Rede des Abg. Grafen Kautz hin. Die Reichsregierung hat die Landwirtschaft nicht zu beeinträchtigen, sondern die Finanzen des Reiches zu sichern, und die Landwirtschaft der Landwirtschaft abzugeben sei.

Reichskanzler Graf Caprivi: Der Herr Redner hat sich auf eine Darlegung der Reichsregierung der Landwirtschaft bezieht. Ich habe mich nur verpflichtet gehalten, den Wortlaut der Interpellation zu beantworten. Hätte ich die Begründung gefasst, so hätte ich die Interpellation wahrheitsgemäß nicht beantwortet. (Beifall links.) Die Interpellation fragt, wie die Regierung die Schädigung in Folge der Zollgesetzgebung zu decken gedenkt. Darauf habe ich zu antworten: Wie haben Ihnen die Börsen, Tabak und Weinsteuer vorgehalten. Nachdem Sie dieselben abgelegt, muß die Regierung auf neue Mittel finden, die Sie ihnen vorzulegen kann. Die Interpellation fragt weiter, welche Mittel des Ausgleichs gedenken die Regierungen auf dem Wege der Reichsregierung anzuwenden. Die Antwort darauf ist sehr kurz: Die Reichsregierung hat nur ein Mittel, das ist die Zollgesetzgebung. (Beifall links.)

Auf Antrag des Abg. v. Dallwitz (Kath.) findet eine Erörterung der Interpellation statt.

Abg. Herr v. Ranke (Kath.) (Kath.) führt die Begründung der Reichsregierung der Landwirtschaft an. Die Reichsregierung hat die Landwirtschaft nicht zu beeinträchtigen, sondern die Finanzen des Reiches zu sichern, und die Landwirtschaft der Landwirtschaft abzugeben sei. Die Reichsregierung hat die Landwirtschaft nicht zu beeinträchtigen, sondern die Finanzen des Reiches zu sichern, und die Landwirtschaft der Landwirtschaft abzugeben sei. Die Reichsregierung hat die Landwirtschaft nicht zu beeinträchtigen, sondern die Finanzen des Reiches zu sichern, und die Landwirtschaft der Landwirtschaft abzugeben sei.

Reichskanzler Graf Caprivi: Die Interpellanten haben wohl nur beabsichtigt, die Gründe zu vernehmen, die von der Debatte über den Antrag Kautz zurückzuführen. Ich will keinem Beschäftigten nicht folgen, sondern nur darauf hinweisen, daß jeder Teil eine finanzielle und eine wirtschaftliche Seite hat. In der Interpellation ist nur die erstere bezieht, die letztere ganz ignoriert. Das der Redner gesagt hat, gehört aber alles zu der ignorierten Seite. (Beifall links.)

Abg. v. Hennigsen (Kath.) weist darauf hin, daß die Ausführungen des Herrn v. Ranke nicht die Belegenheit bezeugen, in welcher die Debatte verläuft.

Darauf tritt die Debatte verlag.

Präsident v. Seeböck bemerkt, er habe Grund zu der Annahme, daß das Haus vor dem Schluß der nachstehenden Session Rände, wenigstens für die nachstehende, die immer dagewesen ist, und gibt darauf die übliche Geschäftsüberweisung.

Abg. Graf Dompéril (S.) dankt dem Präsidenten Namens des Hauses für die Unparteilichkeit mit der er die Geschäfte des Hauses geleitet.



436 Bekanntmachung.

Die Militärpflichtigen der Gemeinde Seppens werden hiermit aufgefordert, ihre Loosungsscheine bei dem Unterzeichneten in Empfang zu nehmen.

Seppens, 23. April 1894.
Der Gemeindevorsteher.
K: h: e: n.

Neu eingetroffen:
Schwarze Damenstrümpfe
in Baumwolle von 50 Pf. an,
in Wolle von 1 Mk. an.
Schwarze Kinderstrümpfe
in Wolle und Baumwolle.
Gestrickte Herrensocken
Bant 25, 40, 50, 70 Pf. etc.
Wilh. Hoting, Elsf. h.

Gemüse-Gärereien
in bester feinfähiger Waare empfiehlt
Rich. Lehmann,
Bismarckstraße 15.

Wir empfehlen unsere hochfeinen,
nur aus Malz, Hopfen und Wasser
hergestellten
**hellen und dunklen
Lager-Biere**
in Gebinden und Flaschen zu den
billigsten Preisen.
Wiederverkäufer können wir als
Probieren besonders Vorteile
bieten.
St. Johanni-Brauerei.
Contor: Altestraße 4.

Pfand- u. Leihgeschäft
verbunden mit

An- und Verkauf
von neuen und getragenen Kleidungsstücken,
Möbeln, Betten, Velocipeden und Näh-
maschinen, Teppichen, Uhren, Gold- und
Silberfachen, Schuh- u. Stiefelwaaren usw.

A. Jordan, Bant,
Neue Wilhelmshafenstr. 22.

Halte mein komplettes Lager
fertiger Särge etc.
bei vorkommenden Fällen zu soliden
Preisen bestens empfohlen.
Hayungs, Verl. Gökertstr.

Einziges Lager
komplet fert. Särge.
Th. Popken,
Bismarckstraße 34a.

Strohüte
für
Damen u. Mädchen, Herren u. Knaben
in kolossaler Auswahl verkaufe, um bis 1. Mai zu räumen,
zu jedem nur annehmbaren Gebot.
M. Schlöffel, Kürschner.
Vom 1. Mai ab befindet sich mein Geschäft
in der Neuen Wilhelmshafenstraße, in
der Nähe der Santer Hauptstraße.

Starke
handgearbeitete
Schuhwaaren
in enormer Auswahl empfiehlt
Siegmund Oh junior.

Empfehlenswerte Bücher für die Hausbibliothek.

Meyers Kleiner Hand-Atlas.
Mit 100 Kartenblättern und 9 Texttafeln. In Halbband gebunden 10 Mark oder
in 20 Lieferungen zu je 50 Pfennig.
„Endlich einmal ein wirklicher Handatlas, der den Anforderungen des praktischen
Lebens entspricht.“ (Der Bund, Bern.)

Brehms Tierleben.
Kleine Ausgabe für Volk u. Schule. Zuerst von H. Schöndler, neuer bearbeitet, Auf-
lage. Mit 1200 Abbildungen im Text, 1 Karte und 3 Farbtafeln. 2 Bände
in Halbband gebunden zu je 10 Mark oder in 50 Lieferungen zu je 50 Pf.
Allen zu empfehlen, welchen die vollständige Ausgabe des berühmten Werkes
nach Umfang und Preis zu groß erscheint.

Meyers Hand-Lexikon des allgem. Wissens.
In einem Band. Fünfte, verbesserte Auflage. In Halbband gebunden 10 Mark.
„Wir kennen kein Buch, das diesem so brauchbar und geschmack-“
(Süddeutsche Presse.)

Meyers Volksbücher
bringen das Beste aus Allen Litteraturen in sorgfältiger Bearbeitung und guter
Ausstattung zum Preis von 10 Pfennig für jede Nummer. Jedes Bandchen ist
einzeln käuflich. Bis jetzt erschienen 100 Nummern.

Probhefte liefert jede Buchhandlung zur Ansicht. — Prospekte gratis.
Verlag des Bibliographischen Instituts in Leipzig.

Das Pfand- und Leih-Geschäft
von
J. H. Paulsen,
Bant, verl. Koonstraße,
empfiehlt sich zur Annahme von Möbeln
Betten, Uhren, Gold- und Silber-Sachen,
Herren- und Damen-Garderoben,
— sowie —
sonstigen Gegenständen aller Art.
Selbsteingemachte Schnittbohnen
à Pfund 15 Pf.
Sauerkohl à Pfd. 8 Pf., 3 Pfd. 20 Pf.
Schöne süsse Pflaumen à Pfd. 25 Pf.
W. Freese, Grenzstr. 56.

Sensationell!
Selbstthätige Fasshähne!
Öffnen und schließen sich von selbst laut-
dicht ab. Rein Nachtropfen!
Selbstthätige Luftzuführer!
Vermitteln ohne jegliches Zutun die zum
Abwaschen nötige Luft und lassen keinen
Alkohol oder Kohlensäure entweichen. Rein
abgekandenes Bier mehr!
Diese neuen patentierten Erfindungen sind
ungemein werthvoll für Wirthe, Wein- und
Bierhändler, Kaufleute, Apotheker usw.,
sowie für jeden größeren Haushalt.
Alleinige Niederlage bei
J. Diermann, Oldenburg,
Saatenstraße 10.

Sammel-Liiten
für die freireisenden Tischler zum
abzuholen bei
B. Bümmerstedt,
Börrentstraße 10.

Feuer-Versicherung!
Von einer gut eingeführten
alten Feuer-Versicherungs-
Aktien-Gesellschaft wird für
Bant, Neuende und Umgebung
ein gewandter Vertreter gesucht.
Gest. Offerten sub F. 100
an die Expedition d. Bl.

Ein goldener Ring
gefunden. Gegen Erstattung der Insertions-
kosten abzuholen Bismarckstraße 22, 1 Z.

Buchhandlung des „Vorwärts“
Berlin NW., Bismarckstraße 2

Gegen Gottes- u. Bibelglauben.
Zwei Schriften von Dr. A. Douai.
I. ABC des Wissens für die Deutschen.
II. Eine Antwort an die Befenner des Theismus.
Preis 30 Pf., Porto 5 Pf.
Wiederverkäufern Rabatt.
Vom Standpunkt der naturwissenschaftlichen
Erfahrungen aus legt der Verfasser in dieser
Schrift in einzelnen Kapiteln (Gott, In-
fernalität, die menschliche Willensfreiheit)
die Unhaltbarkeit der „Beweise“ dar, die
von den Vertretern des Gottes- und Bibel-
glaubens für das Dasein eines persönlichen
Gottes und den göttlichen Willensakt der
Weltgeschöpfung angeführt werden.

Nachruf!
Nach kurzer Krankheit verstarb am
Sonntag den 21. April unser Mit-
glied, der Tischler

Ulfert Rühaak
im Alter von nur 34 Jahren. Der-
selbe war ein langjähriges und treues
Mitglied des Bürgervereins Bant,
weshalb ihm ein bleibendes Andenken
bewahrt wird. Möge die Erde
ihm leicht sein!
Bant, den 22. April 1894.
**Der Vorstand
des Bürgervereins Bant.**
Die Beerdigung findet Dienstag
den 24. April, Nachmittags 2 1/2 Uhr,
vom Trauerhause, Oldenburgerstr. 57,
aus statt, woselbst die Mitglieder, die
folgen, sich versammeln wollen.

Dankagung.
Allen Freunden und Bekannten, die
unsern lieben Töchterchen das Gelübde zur
letzten Ruhestätte gaben, sowie für die
schönen Transpanden sagen wir hiermit
unsern innigsten Dank.
J. Severin u. Frau.

Wulf & Francksen Ausstellung fertiger Betten.	Einschläfige Betten Nr. 10 aus roth-grau gestreift. Atlas mit 16 Pfund Federn.	Einschläfige Betten Nr. 10b aus roth-bunt gestreift. Atlas mit 16 Pfund Federn.	Einschläfige Betten Nr. 11 aus rothem oder roth-rosa Atlas mit 16 Pfund Halbdaunen.	Einschläfige Betten Nr. 12 Oberbett aus rothem Daunen- köper, Unterbett aus roth Atlas mit 16 Pfund Daunen u. Federn.
	Oberbett 10,25 Unterbett 10,25 2 Rißen 7,— Wt. 27,50 zweischläfig Wt. 31,—	Oberbett 13,50 Unterbett 13,50 2 Rißen 9,— Wt. 36,— zweischläfig Wt. 40,50	Oberbett 17,50 Unterbett 17,50 2 Rißen 10,— Wt. 45,— zweischläfig Wt. 50,50	Oberbett 22,— Unterbett 20,50 2 Rißen 12,— Wt. 54,50 zweischläfig Wt. 61,—

Redaktion, Druck und Verlag: Paul Zug in Bant.